

Bezugspreis:

Bestellpreis 3,50 Mk., umsatz 5,00 Mk. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Donnerstag, den 29. April 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile ...

Neuer Terror in Ungarn.

Lange hörte man nichts aus Ungarn, dieser Brutstätte gewalttätigster Reaktion. ...

Wien, 29. April. „Das Terroristenregime der ungarischen Anterrepublikation verbietet jede Regung der Arbeiterschaft ...

Die ungarischen Mitglieder des Internationalen Bureau: Graf Garami, Emanuel Buchinger.“

Wie bitter ernst es mit der Androhung der „blutigsten Mittel“ gemeint ist und wie schamlos die ungarische Regierung arbeitet ...

Punkt 3 der Verordnung über die Belohnung für die Erfassung bzw. Unschädlichmachung ...

dessen, daß die Bedingungen der Belohnung erfüllt worden sind, sofort auszugeben.

Der Stellvertreter des Generalkommandos: Jankó.

Diese Verordnung ghemweist, was die Regierung Gorthy wiederholt bestritten hat, daß die ungarische Regierung im Auslande Kommandos zur Einführung politischer Flüchtlinge ...

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialisten aller Länder eins sind in der Entrüstung über eine Regierung, die auch heute noch nach 4 1/2 Jahren Weltkrieg ...

Epa.

„Man wird verständig sein.“

Paris, 28. April. Lloyd George erklärte einem Berichtserfasser des „Daily Graphic“ in San Remo, in Spa würden militärische, wirtschaftliche und finanzielle Klauseln erörtert werden. ...

Neubildung des serbischen Kabinetts.

Paris, 29. April. Nach einer Rahmverhandlung aus Belgrad hat der serbische Gesandte in Paris, Desnitsch, den Auftrag erhalten, ein neues Kabinett zu bilden, und ihn angenommen.

Verkehrsstreik in Frankreich?

Paris, 29. April. Die Vereinigung der Genossenschaften der Eisenbahner hat mit 28 gegen 24 Stimmen den Beschluß gefaßt, am 30. April um Mitternacht in den Streik zu treten. ...

Die Loslösung Nordschleswigs.

Kopenhagen, 28. April. In der heutigen Sitzung des nord-schleswigschen Ausschusses des Reichstages teilte der Ministerpräsident mit, daß die dänische Regierung der ersten Zone am 5. Mai beginnen würde. ...

Reudburg, 28. April. Die Internationale Kommission für Nordschleswig hat laut Reudburger Tageblatt mitteilen lassen, daß ihre Tätigkeit vor frühestens drei Monaten nicht beendet sein würde. ...

Ministerkrise in Spanien. Der spanische Ministerpräsident überreichte dem König die Demission des Kabinetts, die dieser annahm.

Waffenlager auf Rügen ausgehoben.

„Der Landsknecht“ als Werkzeug der Gegenrevolution. Auf Rügen ist gestern ein beträchtliches Waffendepot ausgehoben worden. Es konnten circa 1000 Karabiner, 120 Maschinengewehre, eine Anzahl von Artilleriewerkzeugen und anderes Material beschlagnahmt werden. ...

Der geräumte Dänholm.

Interessante Truppenverschiebungen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt darüber, daß unser vor einigen Tagen nach dem Dänholm entsandte Mitarbeiter dort keine großen Truppenmassen mehr angetroffen hat. Die Sache hat ihre volle Wichtigkeit. ...

Bayerns Schulen am 1. Mai.

München, 29. April. (Z. N.) Das Kultusministerium gibt bekannt, daß am 1. Mai an den bayerischen Unterrichtsanstalten der Unterricht nicht ausfallen hat. ...

Der Generalkriegsminister in Laßfringen ist beendet. Die Eisenbahner beschloßen, am Mittwoch morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Postangestellten sind schon am Dienstag abend in die Arbeit getreten. ...

Kandidaturen.

Ein erfahrener Parteigenosse schreibt uns: Gar seltsame Kandidaturen und Nichtkandidaturen kann man jetzt beobachten. Leute, die, wie der alte Refektor Kopich, bei den Wahlen zur Nationalversammlung als abgetan betrachtet wurden, an deren Aufstellung niemand dachte, erscheinen jetzt in der Kandidatenliste der Demokratischen Partei an aussichtsreichen Stellen. ...

Doch wir wollen über die Kandidatenlisten der bürgerlichen Parteien lieber erst sprechen, wenn sie ganz vorliegen. Wir möchten heute prüfen, was unsere Parteigenossen bei der Aufstellung der Kandidaten unserem Erachten nach in den Vordergrund ihrer Erwägungen vor ihren verantwortlichen Entscheidungen zu unterlassen und zu beachten haben. ...

Es spielen bei der Aufstellung von Kandidaten für die gelehrenden Körperschaften gar manche Triebkräfte mit. Wir sehen dabei vollkommen von den Kandidaten ab, die oft nicht kritisch genug gegen sich selber sein mögen, die durch Ehrgeiz oder durch den Trieb, auf höherer Stelle für die Partei mehr als in ihrem bisherigen Kreise wirken zu können, ihre Kandidaturen selbst für notwendig erachten. ...

Kandidaturen können freilich nur schwer von den Personen getrennt werden. Deshalb wird die Rücksicht auf bisherige Vertreter oder die Jurat, mit der Aufstellung rechnende Genossen und Genossinnen zurückzustoßen, oft allzu hart geübt. Nur zu häufig wurden auf den entbehrlichen Genossen allzu viele Kräfte und mit ihnen verbundenen Ehrenstellen gehäuft, so daß er selbst bei großem Eifer und bei äußerstem Fleiß nur einen Teil seiner Pflichten erfüllen kann und dadurch innerlich zerrissen und unzufrieden wird. ...

Kun sind wir freilich an Talenten und Arbeitskräften nicht so reich, daß wir uns den Luxus von tausend Berufsparlamentariern in den Vertretungskörpern des Reichs und der Länder leisten können. Aber man kann aus der bisherigen Tätigkeit der Abgeordneten, aus der Zahl der Sitzungen und Abstimmungen, denen sie ferngeblieben sind, doch prüfen, ob es im Interesse dieser Genossen liegt, daß sie wieder mit einer Pflicht bedrückt werden sollen, der sie doch nicht ausreichend genügen würden. ...

Wir wissen, daß persönliche und lokale Erwägungen bei der Aufstellung der künftigen Abgeordneten nur zu oft den Ausschlag geben. Dazu gehört die Auffassung, daß man einen braven Parteigenossen, der jahrzehntlang seine Pflicht getan hat, mit einem Mandate scharf vor aller Welt Dank und Anerkennung auszusprechen müsse, daß man niemanden kränken wolle, der schon ein Mandat ausgeübt hat. ...

Wir würdigen all diese Gesichtspunkte und wir kennen die Schwierigkeiten, sich über diese den Parteigenossen so naheliegenden Erwägungen hinwegzusetzen. Aber zuletzt ist der Reichstag doch nicht dazu da, daß seine Mandate etwa wie Orden und Geheimratstitel als Auszeichnungen behandelt werden. Die Arbeiten im Reichstage erfordern besondere Fähigkeiten, Fleiß und Hingabe. Von den Leistungen unserer Fraktion hängt die Erfüllung vieler Wünsche der Arbeiterschaft ab; deshalb sollten alle persönlichen, freundschaftlichen, örtlichen und mit dem Bezirke zusammenhängenden Gesichtspunkte bei der Auswahl der parlamentarischen Vertreter zurücktreten. ...

Barf nicht den Ausschlag geben, daß in einer Ecke Norddeutschlands unbedingt nur dort anständige Genossen und Genossinnen aufgestellt werden. Wenn ein Mann aus dem Lande Baden der Fraktion mehr nützen würde, so würden sicherlich die Oldenburgier, die wir natürlich nur des Beispiels wegen anführen, ohne an einen bestimmten Fall zu denken, besser tun, auch den Badenier zu kandidieren, falls er der Gesamtheit des deutschen Proletariats mehr nützen würde als ein aus wichtiger Tätigkeit in seiner Heimat zu ausreichender Vertretung am Reichstage herauferstiegener Genosse.

Wir wollen den Genossen die unseres Erachtens entscheidende Gesichtspunkte bei der Aufstellung der Kandidaten und Kandidatinnen für die öffentlichen Körperlichkeiten klar machen:

1. Es muß festgestellt werden, ob die Tätigkeit des in Aussicht genommenen Genossen im Reichstage wichtiger und nützlicher sein wird, als seine Wirksamkeit im bisherigen Tätigkeitsbereiche.

2. ob Fähigkeiten, Fleiß, Konzentration und Hingabe an die parlamentarische Betätigung den Kandidaten oder die Kandidatin für die Ausübung eines Mandats besonders geeignet erscheinen lassen.

Vor allem aber müssen sich die Parteigenossen und Genossinnen, die sich im engsten und weitesten Kreise mit der Aufstellung von Kandidaten zu befassen haben, der Verantwortung bewußt sein für Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und für den Fleiß der zu erwählenden Genossen und Genossinnen. Sie müssen mitbedenken, daß unsere Fraktion allen anderen in der obersten Vertretung der Republik überlegen wird. Deshalb darf nicht Rücksicht auf einzelne Personen sondern nur die Verantwortlichkeit für die höchste Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Vertretung der Gesamtpartei den Ausschlag geben bei der Aufstellung der Kandidaten und der Kandidatinnen für den kommenden Reichstag.

Der „Kommunist Ströbel“.

Die betrunkene deutschnationale Einwohnervöhr.

In unserer Koliz in der Donnerstagsnummer teilt uns der verhaftet Gewesene, das ehemalige Mitglied des Volksgenossen Ströbel mit, daß er gegen den Oberleutnant v. Stahn bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren angestrengt habe. Bei seiner Einlieferung in das Lokal der Einwohnervöhr, Ansbacher Straße, sei diese zum großen Teil in stark angetrunkenem Zustand gewesen. Obwohl der Herr und einige Herren, die Ströbel kannten, diesen legitimierten, habe v. Stahn ihm die Pistole auf die Brust gesetzt, mit Geschießen bedroht und fortwährend geschrien: „Das ist der Mann, der die Revolution gemacht hat, der Hund muß sterben“! Nebenbei bemerkt sich ein Leutnant Sonin, Ströbel wurde dann durch acht Schweißmänner mit einem Auto zum Café Köhler gebracht, wo Schärfttruppen lagen; dort wurde er wiederum mehrfach mit Geschießen bedroht. Von dort schleppte man ihn nach dem Stad in der Hofstraße für Müll, wo er sich mit dem Gesicht an die Wand stellen mußte. Auch dort hockte es Todesdrohungen. Als die Herren sahen, daß ein Mißverständnis vorlag, drückten sie sich und die Hauptbeladen waren nicht zu bewegen, ihre Namen anzugeben.

Ströbel bestritt energisch, Schweinegeld genommen zu haben. Die Einwohnervöhr habe ihm 400 Mark gegeben als Ersatz für materielle Schäden, weil er sich zu diesem Tage ein Auto zur Flugblattverteilung bestellt hatte und dieses nun nicht benutzen konnte. Ströbel erklärt, daß es sich nicht um Schweinegeld gehandelt habe, er habe sich nie verpflichtet, von der Sache nicht zu sprechen, sondern immer die Vertretung der Schuldigen betrieben. Er will übrigens auch dafür Beweise erbringen, daß Oberleutnant v. Stahn in dem Lokal in der Ansbacher Straße ein Standgericht eingesetzt habe, von dem mehrere Leute unter ganz haltlosen Beschuldigungen mit dem Tode bedroht wurden, so z. B. ein Mann, weil er einen Raitosenangang trug. Der Ton in der Einwohnervöhr

war mit ganz wenigen Ausnahmen ultradeutsch-national.

Demokraten, Maifeier, Streikbezahlung.

Zu unserem gestrigen Leitartikel, in dem wir die Ablehnung der Erklärung des 1. Mai als gesellschaftliche Feiertages sowie die Verweigerung der Streikbezahlung seitens der Demokraten als „Zwei Schläge ins Gesicht“ bezeichnet hatten, nimmt das „Berliner Tageblatt“ in bemerkenswerter Weise Stellung. Zur Frage der Maifeier schreibt es:

Wir wollen nicht verschweigen, daß wir in diesen beiden Fragen den verneinenden Standpunkt nicht zu teilen vermögen, und daß die ablehnende Haltung uns weder notwendig, noch politisch klug erscheint. Es steht fest, daß am 1. Mai nicht gearbeitet werden wird. Welchen Sinn hat es da, aus dieser im voraus entschiedenen Frage einen politischen Konflikt zu machen und in die Manifestation des 1. Mai eine bittere Kampfstimmung hineintragen zu lassen? Die Arbeiterklasse der ganzen Welt hat nun einmal an diesem Feiertage fest und legt ihm eine besondere Bedeutung bei. Man konnte aus dem 1. Mai sehr wohl einen allgemeinen Frühlingsfesttag machen, statt unglücklich und unfreundlich abseits zu stehen.

Das „V. L.“ rückt also von dem höchst unklugen Beschluß der demokratischen Fraktion, deren Politik es sonst vertritt, ab. Ebenso deutlich und in einer Weise, die den Demokraten nicht angenehm in den Ohren klingen dürfte, wird die Fraktion in der Presse der Streikbezahlung der Streiktag getadelt:

Zu dem Generalstreik, der für die Niederrichtung des Rapp-Putschs unentbehrlich war, haben Demokraten und Zentrum gemeinsam mit der Sozialdemokratie aufgerufen. Da sie, dem dringlichen Gebot der Stunde folgend, diesen Aufruf erlassen haben, mußten sie unser Erachtens auch den weiteren Schritt tun und für die Bezahlung der Streiktag stimmen.

Durch diese Stellungnahme zieht das demokratische Organ nur die logische Konsequenz aus der von seiner Fraktion seinerzeit dem Streik gegenüber eingenommenen Haltung. Wenn nun das „V. L.“ unsere entschiedene Stellungnahme beiden Fragen gegenüber als „Wahlagitation“ bezeichnen zu müssen glaubt, so möchten wir erwidern, daß wir in dieser Frage nicht seine durch Fraktionsrückföhren gebundene Marschroute einzuschlagen brauchen und daß uns schließlich die ganze Angelegenheit näher am Herzen liegt als ihm.

Marx und das Erfurter Programm.

Weiteres vom Wahlkampf.

Was unsere Gegner mitunter für Argumente im Kampf gegen die Sozialdemokratie vorbringen, beweist eine Rede des Parteisekretärs Neeger von der „Deutschen Volkspartei“, die dieser am letzten Sonntag in Kreuz an der Ostbahn hielt. Den Sozialismus aller Richtungen, „aus den gemäßigten“, erklärte er als Bolschewismus. Als geradezu klassisch muß folgender Satz bezeichnet werden, der soviel Worte, soviel Unrichtigkeiten enthält und wohl auch bei seinen Parteifreunden schallende Heiterkeit auslösen dürfte.

„Marx hat das Erfurter Programm in der Studierstube vor hundert Jahren geschrieben.“

Marx starb bekanntlich 1883, das Erfurter Programm entstand 1891 — also acht Jahre nach seinem Tode und wenn Marx das Erfurter Programm wirklich vor hundert Jahren geschrieben hätte, so wäre er, da sein Geburtsjahr 1818 war, gerade — 2 Jahre alt gewesen, als er das Programm abfaßte. Eine Leistung, die auch bei einer geistigen Größe vom Range eines Marx etwas unwahrscheinlich anmuten dürfte.

Wenn wir schließlich erwähnen, daß der kluge Volksparteiler die staunenswerte Kunde mitteilte, Roske habe erklärt: „Neben ein

kaiserliches Deutschland als den Sozialismus“, und Scheidemann habe sich für „Diktatur des Proletariats“ eingesetzt, so dürfte das genügen, um unseren Genossen zu zeigen, mit welchen Gegnern wir es in diesen Zeiten zu tun haben.

Nur über meine Leiche!

Rittmeister Reviser als Leichenmüller II.

Rittmeister Reviser vom 4. Reiterregiment in Potsdam hat, wie wir seinerzeit meldeten, eine Anzahl seiner Untergebenen entlassen, weil sie an einer Versammlung des Republikanischen Führerbundes teilgenommen haben. Herr Reviser befindet sich noch heute im Dienst, während die Gemahlinnen zum Teil arbeitslos auf dem Pflaster liegen. Einem von diesen, der seine Wiedereinstellung forderte, erklärte der famose Rittmeister, das ginge nur über seine, des Rittmeisters Reviser Leiche!

Offensichtlich sind die Untersuchungen über den Fall so weit gediehen, daß der Zylinderhut, der ja zu einer Leichenfeier nötig ist, recht bald auf dem Kopf des Rittmeisters a. D. Reviser prangt.

Der neue Stimmzettel.

Das neue Reichstagswahlgesetz, das am Freitag die dritte Lesung passierte, änderte auch den Stimmzettel. Es wird bei der nächsten Wahl nicht mehr notwendig sein, alle Kandidaten auf ihm zu benennen. Es genügt durchaus, wenn einer aus der aufgestellten Liste auf dem Stimmzettel steht. Er gilt dann für die ganze Liste, auch kann die allgemeine Parteibezeichnung auf dem Stimmzettel genügen.

Wichtiger als diese Bestimmungen ist der Wegfall der bisherigen Anordnung, daß der Stimmzettel auf geplättetem weichen Papier gedruckt werden muß. Diese Bestimmung hat längst ihren Sinn verloren, seitdem die Abgabe des Stimmzettels im unbeschriebenen Kuber vorgeschrieben ist. So wird bei den kommenden Wahlen der Stimmzettel auf Zeitungspapier gedruckt werden können und wird dann trotz des hohen Papierpreises doch nur einen Bruchteil eines Pfennigs kosten, während die auf dem bisher vorgeschriebenen geplätteten weichen Papier mehrere Pfennige gekostet hätten, was neben der sonstigen Vergrößerung der Wahlkosten eine ganz außergewöhnliche Verteuerung der Wahlvorbereitungen hervorgerufen hätte.

Die Quelle der Ehrabschneiderei.

Vor einigen Tagen war unser Redaktionsmitglied Genosse Kutner genötigt, sich gegen eine gemeine Verleumdung unabhängiger Blätter hier in einer persönlichen Erklärung zur Wehr zu setzen. Es handelte sich um die Anschuldigung des Mordes. Wir haben uns jedoch inzwischen überzeugen müssen, daß die Unabhängigen nicht die Urheber, sondern nur die Hineingelegten Radfahrer der Verleumdung sind. Die Urheber sitzen in genau derselben Ecke, aus der schon so viel Niedertracht und Gift gegen die Partei geprügelt worden ist, es sind die durch Scheidemanns Klage schon einmal bloßgestellten Hintermänner des Ehrabschneiders Rhodin. Haupttäter sind in diesem Fall Georg Davidsohn und Alex Schweizer, ein Angestellter der Korrespondenz Sochaczewski, zurzeit Funktionär eines Berliner Bezirks. Schweizer hat an die Dessauer Parteigenossen, die Genosse Kutner eine Kandidatur angeboten hatten, Verleumderbriefe mit der Anschuldigung des Mordes und anderen auf ähnlichem Niveau stehenden Behauptungen geschrieben, Davidsohn hat die Verleumdung in einem Brief an unser Hörtiger Parteiblatt vorgetragen.

Zwei Tage nach Abgang der Schweizerischen und Davidsohnschen Verleumderbriefe tauchte die Koliz in der unabhängigen Presse auf. Ueber den Zusammenhang wird wohl niemand im Zweifel sein.

Streikschlag in Magdeburg. Der Straßenbahnerstreik ist nach 13tägiger Dauer beigelegt. Den Arbeitnehmern wurde vom Schlichtungsausschuss eine Lohnerhöhung zugesagt; die Besetzung der Streiktag wurde abgelehnt.

Die Berliner Mundart.

Von Erich Bagel.

Ueber die Berliner Mundart als Sprache sind die feinsten Ansichten verbreitet. Weil sie zum größten Teile von den sogenannten „niederem“ Schichten gesprochen wird, gilt sie vielen als etwas Grobschickliches. Nun ist aber eine Sprache nicht schon deshalb gewöhnlich, weil sie auch von gewöhnlichen Leuten gesprochen wird. Ueberall, wo Menschen zusammen sind, wird ein Verständigungsmittel, eben die Sprache, gebraucht. Jede Sprache hat ihre Daseinsberechtigung, und Wertunterschiede kann es nur insofern geben, als etwa die eine Sprache mehr geeignet ist als die andere, die Erscheinungen der Außenwelt, die Gedankenwelt und Einsenleiter der Gefühle sprachlich festzuhalten und wiederzugeben. Jede Sprache aber ist im Grunde gleich geeignet oder ungeeignet. Ueberall, wo eine neue Kultur und mit ihr eine neue Gedankenwelt auf ein Volk einwirkt, wird die Sprache den neuen Verhältnissen angepaßt, sofern sie nicht durch die Sprache der neuen Kultur ersetzt wird. Diese Anpassung geschieht durch Übernahme fremder Wörter, durch sogenannte Lehnübertragungen und durch Weiterbildung der eigenen Wortelemente. Diese Entwicklung können wir überall in der Welt beobachten. Es kann auch keinen absoluten Maßstab für eine Sprache geben; denn jede Sprache legt sich aus Geräuschen zusammen, und das Englische aus holdem Wädhchenmunde wird uns immer angenehmer klingen als das feined Wohltautes wegen geträumte Nialienische aus einer rauhen Trinkerle.

Das Berlinische ist demnach ebenso gut eine unbesangene zu würdige Sprache wie jede andere. Keinesfalls aber ist es, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, eine Verunstaltung des Hochdeutschen. Im solchen Auffassungen vorzugehen, möchte ich bemerken, daß die großen und gemeinen Wörter kein notwendiger Bestandteil der Berliner Mundart als solcher sind; denn derartige Ausdrücke finden wir überall, besonders ausgebildet aber in gewissen Kreisen jeder großen Stadt. Deshalb aber ist etwa der Partier Argot oder der Londoner Slang noch lange keine von der französischen bzw. englischen Schrift- und Umgangssprache abweichende Mundart.

Die nachfolgenden Zeilen sollen in aller Kürze zeigen, daß das Berlinische vom geistlichen Standpunkte aus sogar auf einer höheren Sprachstufe steht als das Hochdeutsche. Das Berlinische gehört zu den niederdeutschen Mundarten, dem sogenannten Plattdeutschen.

*) Viele Eigentümlichkeiten des Berlinischen lehren natürlich auch in anderen, besonders nördlichen Mundarten wieder. Der Kürze halber ist aber darauf nicht weiter Bezug genommen.

Diese Mundarten unterscheiden sich von den mittel- und oberdeutschen dadurch, daß sie die zweite Lautveränderung (mit einer Ausnahme, siehe weiter unten) nicht mitgemacht haben; d. h.: p, t, k wurden im Inlaut und Auslaut nicht zu f, pf, h, y (ff, h), und im Anlaut wurden p und t nicht zu pf und z. (Daneben sind noch kleinere Abweichungen; in der Behandlung der übrigen Konsonanten gehen das Mittel- und Hochdeutsche auseinander, weshalb diese unberücksichtigt bleiben können.) Zwei geläufigste Beispiele, dem stimmhaften und stimmlosen ts im Englischen entsprechend, und die im ganzen hochdeutschen Sprachgebiete im Anlaut zu d, im Inlaut unter verschiedenen Bedingungen zu b oder f (ts) wurden, verhalten daselbst sich anders als im Niederdeutschen (nur im Inlaut finden sich Abweichungen). (So daß also für hochdeutsches t und b meist, im Anlaut durchweg niederdeutsch d steht: dun, denke = tun, denken.) Wir finden demnach im Berlinischen Appel usw. (also keine Vereinfachung aus Appel!), dun, doof (= taub), det usw.)

Das g wird im Berlinischen je nach der Stellung verschieden ausgesprochen: im Anlaut immer, im Inlaut nach e, i, o, u, ä, ö, ä, r und l wie j; im Inlaut nach a, o, u wie das Jäpichen = r. Steht das g im Auslaut oder vor stimmlosen Konsonanten, so wird es entsprechend j und Jäpichen = r zu ts in tsch bzw. ach. Die Aussprache im Inlaut nach a, o, u als Jäpichen = r ist ein Erbteil aus dem Altgermanischen (im Niederländischen wird g in jeder Stellung so ausgesprochen). Die moderne Sprachforschung nimmt an, daß die Aussprache des g als Reibelaut die ursprüngliche ist und sich erst daraus der jetzt von uns im Hochdeutschen gesprochene Verschlußlaut entwickelt hat.

Die Sockale sind im Niederdeutschen (weniger im Berlinischen) auch meist ursprünglicher als im Hochdeutschen. Boom, glocken (flooden) sind nicht aus Baum, glauben „verunstaltet“, sondern dieses lange o entspricht mittelhochdeutschen ou, das mit Beginn des Neuhochdeutschen zu u wurde. Auch mittelhochdeutsches longes u (ö) wurde zu u, blieb im Niederdeutschen meist ö (höl); im Berlinischen ist es ebenfalls zu u geworden. (Es heißt also Haus, aus, blau usw.; oder Boom, loofen usw., weil eben das Neuhochdeutsche aus aus zwei verschiedenen Lauten entstanden ist.) Uebriqes wurde nur das lange u zu u, kurzes u blieb u. So erklärt sich auch das Wörchen uff (druff, ruff). Infolge Unbetontheit im Sogge wurde im Berlinischen und in verwandten Mundarten ö zu uff. öf wurde im Hochdeutschen regelrecht zu uff; uff aber mußte uff bleiben.

Das lange e in Scene, een usw. entspricht dem altfäpischen

*) Ueber das Verhältnis der neuhochdeutschen Schrift- und Umgangssprache sind leider auch in Lehrkreisen noch ganz falsche Vorstellungen verbreitet, wie das kürzlich zu den Mundarten erschienenen Buch: Nidel, Entwicklung der Sprache und Festlegung ihrer Grenzen (Auf Natur und Wissenschaft) zeigt.

langen e, das seinerseits aus altgermanischem ai hervorgegangen ist. Dieses ai wurde im Althochdeutschen zu ei (noch im Mittelhochdeutschen ei gesprochen), mit Beginn des Neuhochdeutschen wurde dies ei wie ai ausgesprochen. Wein, weil, Elle usw. haben auch im Berlinischen ei, da dieses ei auf mittelhochdeutsches langes i (i) zurückgeht, das im Neuhochdeutschen (auch im Berlinischen u. ä.) regelrecht zu ei (gesprochen ai) wurde.

Das Berlinische steht aber nun nicht für sich allein, sondern es unterliegt fortwährend dem Einflusse des Hochdeutschen. Fast jeder, der Berlinisch spricht, spricht auch Hochdeutsch; und viele Berliner, die nur Hochdeutsch als Umgangssprache verwenden, sprechen doch auch bisweilen etwas Berlinisch. Dazu kommt, daß die meisten Berliner gar nicht in Berlin geboren sind. Daher konnte und kann sich das Berlinische nicht rein erhalten, sondern es zeigt in seinem Wortschatz verschiedene Sprachstufen. So haben wir wohl Broppen, Appel, Knopp; dann aber Fejd, Flaume und ähnliche Wörter, wo das Niederdeutsche ebenfalls p hat. Auch wird in manchen Wörtern langes e bzw. o gesprochen, wo man ei bzw. au erwartet.

Nur in wenigen ist das Berlinische in seinem Lautwandel fortgeschritten. Die wichtigsten Veränderungen sind: g wird (wie bereits oben gezeigt), in vielen Fällen wie j gesprochen, ä und ö werden zu e, ä zu i; die Endung er zu a, ren zu an (so daß also Dogen [g = Jäpichen-r] durchaus nicht mit Ohren verwechselt wird, da letzteres unterdes schon zu Dan geworden ist).

Die gegebenen Proben mögen genügen, um zu zeigen, daß das Berlinische keine Verunstaltung des Neuhochdeutschen ist, sondern zum größten Teil eine selbständige, vielfach auf älterer Sprachstufe stehende Mundart ist.

Der ukrainische Nationalist begeistert unter der Leitung seines temperamentvollen und feinsinnigen Dirigenten Koschka in der Singakademie seine Landsleute und gab auch den deutschen Hören immer wieder Anlaß zu aufrichtigem Dank. Für den musikalischen Bürger Alltagsland gibt es keinen höheren Kunstgenuss als ukrainische Lieder, und auch uns Fremde berücken sie durch ihre schwermütige Tiefe und reizvolle Klangfülle. 70 Frauen und Männer aus dem Lande der großen formatischen Ebene gähen nun durch die Welt, und wo sie ihre Stimmen so unvergleichlich zusammenhängen lassen, wird ihres Landes Gedacht werden, das von uns durch einen gemeinsamen Feind getrennt ist. —ba.

Konrad Ansoerge wird im Rahmen des Verbandes der freien Kalligraphen am 2. Mai, mittags 12 Uhr, im Theater am Potsdamer Platz von Hilt, Uebing, Schuber und Seidenbus zum Vortrag eingeladen. Karten zu 1,50 M. (einschl. Abendkloge) noch in beschränkter Anzahl an der Kalligraphen.

Theater. Der Sieges Oberste „Die Strohmütze“ wird während der Ferien vom 1. Juli bis 15. August im Staatlichen Schauspielhaus zur Aufführung gelangen. Leiter des Unternehmens ist Haupt-Organist u. u., das tüchtige Mitglied der Staatsoper.

Gewerkschaftsbewegung

Die Afa gegen die Zersplitterung der Betriebsräte.

In Oberlands Festhallen nahm eine überfüllte Versammlung der Afa organisierten Angestelltenräte und Betriebsräte Grundlegend Stellung zur Zusammenfassung der Betriebsräte. Der erste Referent, Fritz Schmidt, führte unter anderem aus, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte eine unbedingte Notwendigkeit ist, daß auch die Zusammenfassung in Industriezweigen resp. Berufsgruppen nicht nur unerlässlich, sondern in erster Linie erforderlich ist. Die Aufgaben der Betriebsräte sind nicht nur wirtschaftlicher, sondern hervorzuheben politischer Natur. Die Erfüllung der Kontrollfunktion in bezug auf die technische und kaufmännische Leitung der Betriebe, die Überwachung der Produktion, eine Kontrolle der Einkaufs- und Verkaufsfunktion, eine Feststellung des Lohnverhältnisses im Interesse der Konsumenten, eine Mitbestimmung in der Preisgestaltung kann in der allgemeinen Minderheit der Betriebsräte nur durch eine Zusammenfassung nach Industriezweigen ermöglicht werden. Die Durchführung und praktische Ausübung dieser Grundzüge steht zweifellos ungeheure Klassenkämpfe nach sich. Die Unternehmer werden gegen die praktische Durchführung dieser Grundzüge ihre ganze organisatorische Kraft gegenüber den Arbeitern und Angehörigen in Anwendung bringen. Die Träger eines solchen Kampfes, der darauf ruht, können nur die Massen sein. Als eine solche Massenorganisation, die heute noch schlafträchtig zum Kampf ist, stellt sich die Gewerkschaftsbewegung dar. Das hat zur Vermeidung der letzten Generalstreik bewiesen. Schon aus diesem Grunde allein muß eine

Zusammenfassung der Betriebsräte durch die gewerkschaftliche Organisation und ihre Zentralisierungen

erfolgen. Eine zu diesem Zweck geschaffene Einrichtung, die Betriebsrätezentrale, ist im Begriff, eine besondere Organisation neben Partei und Gewerkschaft zu errichten und besitzt dabei den Standpunkt, daß diese neue Organisation berufen und berichtigt ist, alle Entscheidungen bei der Erfüllung der Aufgaben der Betriebsräte zu treffen. Dagegen muß ein solches Verbot eingehalten werden. Die Vertreter der Betriebsrätezentrale sind gewerkschaftlich und politisch gebildet. Sie sind also nicht nur Arbeiter, sondern auch die Vertreter der Betriebsräte, die in diesen Organisationen die Aufgaben, die sich diese Bewegung gestellt hat, zu lösen. Es gehört dazu nicht der Schaffung einer besonderen Organisation. Wir können in Bezug auf die Durchführung der angestrebten Grundzüge völlig mit den Vertretern der Betriebsrätezentrale überein, sind jedoch der Meinung, daß eine gute und schnelle Lösung dieser Aufgaben nur auf dem Boden der bestehenden gewerkschaftlichen Organisation vor sich gehen kann.

Der zweite Referent, E. D. P., erläuterte die technische Durchführung der Zusammenfassung der Angestelltenräte und Betriebsräte in der Afa. Er gab einen kurzen Überblick über den Aufbau der Afa, namentlich in Bezug auf die Ausbildung der Betriebsräte. Die Angestellten seien infolge der Funktionen, die sie jetzt schon in den Betrieben ausüben, in erster Linie berufen, die Führung der Betriebe zu übernehmen. Dazu ist Voraussetzung, daß die Betriebsräte eine Spezialausbildung erhalten. In der Diskussion betonte E. D. P. die Wichtigkeit der Betriebsrätezentrale, insofern die Aufgaben der Betriebsräte nicht durch eine Zusammenfassung innerhalb der Gewerkschaften gelöst werden können, weil dazu den Gewerkschaften Zeit und Kraft mangelt. Er wünschte, daß die Gewerkschaften nur in Lohn- und Tariffragen mit den Betriebsräten etwas zu tun haben. Alle darüber hinausgehenden Aufgaben sollen außerhalb der Gewerkschaften erledigt werden.

Der dritte Referent, E. D. P., erläuterte die technische Durchführung der Zusammenfassung der Betriebsräte in der Afa. Er gab einen kurzen Überblick über den Aufbau der Afa, namentlich in Bezug auf die Ausbildung der Betriebsräte. Die Angestellten seien infolge der Funktionen, die sie jetzt schon in den Betrieben ausüben, in erster Linie berufen, die Führung der Betriebe zu übernehmen. Dazu ist Voraussetzung, daß die Betriebsräte eine Spezialausbildung erhalten. In der Diskussion betonte E. D. P. die Wichtigkeit der Betriebsrätezentrale, insofern die Aufgaben der Betriebsräte nicht durch eine Zusammenfassung innerhalb der Gewerkschaften gelöst werden können, weil dazu den Gewerkschaften Zeit und Kraft mangelt. Er wünschte, daß die Gewerkschaften nur in Lohn- und Tariffragen mit den Betriebsräten etwas zu tun haben. Alle darüber hinausgehenden Aufgaben sollen außerhalb der Gewerkschaften erledigt werden.

Der dritte Referent, E. D. P., erläuterte die technische Durchführung der Zusammenfassung der Betriebsräte in der Afa. Er gab einen kurzen Überblick über den Aufbau der Afa, namentlich in Bezug auf die Ausbildung der Betriebsräte. Die Angestellten seien infolge der Funktionen, die sie jetzt schon in den Betrieben ausüben, in erster Linie berufen, die Führung der Betriebe zu übernehmen. Dazu ist Voraussetzung, daß die Betriebsräte eine Spezialausbildung erhalten. In der Diskussion betonte E. D. P. die Wichtigkeit der Betriebsrätezentrale, insofern die Aufgaben der Betriebsräte nicht durch eine Zusammenfassung innerhalb der Gewerkschaften gelöst werden können, weil dazu den Gewerkschaften Zeit und Kraft mangelt. Er wünschte, daß die Gewerkschaften nur in Lohn- und Tariffragen mit den Betriebsräten etwas zu tun haben. Alle darüber hinausgehenden Aufgaben sollen außerhalb der Gewerkschaften erledigt werden.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Lindenstraße 2.

Am Colthaus

Von Arthur Ziller.

Schülerbücher systematisches Erlernen auf bestmögliche Weise im Klassenunterricht. Ein Buch, das nicht nur die Methode, sondern auch die Form des Unterrichts in sich enthält. Preis 2,40 M.

Verkäufe

Wäsche und Kleiderstoffe verkauft auf sehr billigen Preisen. Preis 2,40 M.

Möbel

Einzelstücke, komplette Sets, etc.

Werkstätten Betrieb gegeben sind. Aus diesem Grunde empfiehlt er die möglichst einstimmige Annahme der von ihm eingehenden Resolution.

Einige andere Diskussionsbeiträge betrafen den Standpunkt der Afa.

Im Schlußwort machte Schmidt darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaften der Arbeiter innerhalb der deutschen Gewerkschaftsvereine eine Zusammenfassung der Betriebsräte vorzunehmen, ebenso wie es die Afa tut. Bei Durchführung des Mitbestimmungsrechts bei Tarifverträgen wären die Gewerkschaften gezwungen, von sich aus eine Zusammenfassung der Betriebsräte vorzunehmen und es bedeuere eine Verschwendung und Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, wenn wegen einzelner Spezialfragen immer wieder neue Organisationen gebildet würden. Alle Aufgaben der Betriebsräte, auch die politischen, sind Aufgaben, die die Gewerkschaften erfüllen müssen und werden, und wir verlangen, daß die Vertreter der Betriebsrätezentrale dies endlich einsehen werden und ihre Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften und Parteien in Zukunft entfalten. Gegen zwei Stimmen, bei circa 1000 Anwesenden, wurde folgende Resolution angenommen:

1. Es ist Aufgabe der politischen Parteien, den Betriebsrätegedanken zu fördern und durchzuführen.
2. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Betriebsräte aufzubauen und auszubauen.
3. Seltene Einseitigkeit und Erweiterung der Befugnisse der Funktionäre zur Ausfüllung des Betriebsrätegesetzes.
4. Seltene Einseitigkeit und Erweiterung der Befugnisse der Funktionäre.

Der A. D. G. P. und die Afa sind Spitzenorganisationen und die örtlichen Kartelle bestehen haben die Aufgabe, die Betriebsräte gemeinsam mit den Angestellten- und Arbeiterräte zu errichten.

Die Betriebsrätezentrale sowohl als auch das Sekretariat der Betriebsräte der S. P. D. ist in die Versammlung im Interesse der Einheit der Arbeiterbewegung.

Eine zweite Resolution, welche für die Zusammenfassung der Betriebsräte in der Betriebsrätezentrale eintrat, wurde mit der gleichen Mehrheit abgelehnt. Die Stellungnahme der Versammlung zur Resolution wurde durch die folgende öffentliche Resolution gekennzeichnet.

Verbandstag der Schuhmacher

Kärnberg, den 27. April 1920.

Am 2. Verhandlungstage wurden auf Grund der verschiedenen Anträge nachfolgende Beschlüsse gefaßt. Gegen 88 Stimmen wurde ein Antrag Leitzig angenommen, der die Haltung der Resolution und der Stellung während der Kriegszeit billigt. Einmütig angenommen wurde der Antrag, daß auch in der Zukunft der Verband im Sinne des Klassenkampfes geleitet wird. Weiter wurde beschlossen, daß die Delegierten zum Gewerkschaftskongress sich zur Wahl stellen müssen, während der Verbandvorstand und der Vorstand, ohne sich zur Wahl zu stellen, davon teilzunehmen sollen. Ein Antrag auf Zusammenfassung zu einem Arbeiterkammerverband wurde dem Vorstand überwiesen. Der Kärnberger Antrag, der die Neutralität der Gewerkschaften vertritt, wurde durch die Debatte als erledigt betrachtet. In den verschiedenen Anträgen auf Schaffung einer Zeitschrift für Frauen und Jugendliche erklärte der Vorstand, daß dieses infolge der bestehenden Verhältnisse technisch nicht möglich sei. Doch soll den Frauen und Jugendlichen wie auch den Betriebsräten im Hinblick selbst mehr Rücksicht getragen werden.

Am 3. Verhandlungstage referierte Hölzermann-Kärnberg über die Frankfurter Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Reichslohntarifs für die Schuhindustrie. Er sagte, daß zufolge der über die Schuhindustrie durch den Preissturz auf dem Hauptmarkt herbeigekommenen Krise ein ungenügender Lohn über den Verhandlungen stand. Trotzdem sei es gelungen, die zahlreichen Verleumdungen der Sozialisten zurückzuweisen und den künftigen Arbeitsverhältnissen entsprechende Verbesserungen der Löhne herbeizuführen. Nach einer regen Aussprache wurde dem Reichslohn einmütig zugestimmt. Desgleichen wurde ein Beschluß gefaßt, daß bei Abschluß von Tarifen damit gewahrt werden, daß die geschlossenen Feiertage wie die Arbeitstage entlohnt werden.

Oberlandesgerichtsrat a. D. zuz. Rechtsberatung und Beistand. zu sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowplatz). Langjährige Erfahrungen. Straf-, Zivilprozesse, Ehe-, Alimenten-, Vertrauenssachen, Gesuche, Verträge. Mäßige Honorare. Dir. Fabick. Tel.: Lützow 2494.

Kleine Anzeigen

im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung. Futterstoffe / Kleiderkonfektion. C. Pelz, 5 Kolthuser Str. 5.

Kaufgesuche Gold-Kette, Silber-Kette, etc.

Verkauf Silber-Kette, Gold-Kette, etc.

Die Einheitsorganisation im Gastwirtsgerwebe.

Derzeit in Kärnberg tagende Sachkongress der freigezwecklichen Gastwirtsgehilfenverbände hat die Zusammenfassung der drei am Kongress beteiligten Organisationen zu einer Einheitsorganisation beschlossen. Die namentliche Abstimmung ergab, daß sich von 191 Anwesenden 168 für, 23 gegen die Einheitsorganisation erklärten. Durch diesen Beschluß geben der Verband der Gastwirtsgehilfen, der Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und der Verband der Köche in eine gemeinsame Organisation auf.

Au die Angestellten der Gesundheitsindustrie!

Die Afa hat von dem ihr laut § 19 des Tarifvertrages zustehenden Recht Gebrauch gemacht und für die Zeit ab 1. April 1920 Feuerungsgebühren zu den bestehenden Lohnsätzen gefordert. Die Unternehmer haben diese Forderung mit einem derartig geringen Gegenangebot beantwortet, daß eine Verhandlungsbasis überhaupt nicht mehr vorhanden war und nunmehr eine Schiedsstelle die strittigen Fragen entscheiden soll. Aus einzelnen Betrieben sind an die unterzeichnete Klasse Mitteilungen gelangt, die die Kampfbereitschaft der gesamten Kollegenschaft erkennen lassen.

Wir erlauben die in den Afa-Verbänden organisierten Angestellten, vorläufig das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss, Montag, den 3. Mai, abzuwarten. In einer Donnerstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, in Oberlands Festhallen, Neue Friedrichstraße Nr. 35, Zimmer 6, stattfindenden Vorstanderversammlung der Afa-Verbände wird näheres berichtet und weiteres beschlossen werden. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortsstelle Groß-Berlin.

Die Angestellten im Gastwirtsgerwebe und der 1. Mai.

Im den aus Partei- und Gewerkschaftskreisen vielfach geäußerten Wünschen, die Kasseiern auch festlich zu begehen, nachkommen zu können, wird am 1. Mai die Arbeit in allen Betrieben aufrechterhalten. Anderslautende Meldungen entgegen jeder Grundlage.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Die Funktionäre der Transportarbeiter in den Reichsbetrieben nahmen am 28. d. Mts. unter anderem Stellung zu der Frage des 1. Mai. Einmütig wurde beschlossen, gemeinsam mit dem internationalen Arbeiterkongress die Arbeit an diesem Tage ruhen zu lassen und den 1. Mai als Feiertag zu betrachten.

In einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Arbeiter und -arbeiterinnen berichtete Großmann über die Erhebung der Ertragssteuer für die Organisation. Gleichzeitig mit der Erhebung des vom Verbandsvorstand festgesetzten Ertragssteuers wurde die Erhöhung der Streikunterstützung auf das Doppelte der bisherigen Höhe beschlossen. Auch der Ortsvorstand mußte eine Erhöhung des Ertragssteuersatzes um das Doppelte festsetzen. Nach kurzer Debatte wurde ein Antrag Noth, den erhöhten Ertragssteuersatz vom nächsten Festtage ab zu freizeichnen, um nach dem Festtage erneut an die Mitglieder heranzutreten, abgelehnt und der Antrag des Vorstandes angenommen, wonach der erhöhte Ertragssteuersatz bis zum Verbandstage festgehalten wird. Sodann beschloß sich die Anwesenden mit den zum Verbandstage gestellten Anträgen. Eine Kommission hat die Anträge ausgearbeitet und in vier Sitzungen mit dem Ortsvorstande durchberaten. Die Gesamtsitzung der Anträge zum Verbandstage wurde von den Versammelten mit keinen Änderungen angenommen. Zur Wahl der Delegierten waren zwei Listen eingereicht. Auf Antrag Reicherts wurde beschlossen, die Wahl in der Versammlung nicht vorzunehmen und den Willen der Gesamtschicht durch eine Urwahl festzusetzen. Zum Schluß der Versammlung wurde noch darauf hingewiesen, daß für den 1. Mai auf strikte Einhaltung der Arbeitruhe zu achten sei.

Deutscher Transportarbeiterverband (Handelskassenscheiter und -arbeiterinnen) am 28. April, abends 7/8 Uhr, im großen Saal der Schwanenbühne, am Ringauer Berg: Große Brancherversammlung. Tagesordnung: Verhandlung über die künftigen Tarifverhandlungen und Beschäftigung.

Benannt, für den redevollen, Zeit-Verlag, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Formel-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formel-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Lindenstraße 2.

Am Colthaus

Von Arthur Ziller.

Schülerbücher systematisches Erlernen auf bestmögliche Weise im Klassenunterricht. Ein Buch, das nicht nur die Methode, sondern auch die Form des Unterrichts in sich enthält. Preis 2,40 M.

Verkäufe

Wäsche und Kleiderstoffe verkauft auf sehr billigen Preisen. Preis 2,40 M.

Möbel

Einzelstücke, komplette Sets, etc.

Oberlandesgerichtsrat a. D. zuz. Rechtsberatung und Beistand. zu sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowplatz). Langjährige Erfahrungen. Straf-, Zivilprozesse, Ehe-, Alimenten-, Vertrauenssachen, Gesuche, Verträge. Mäßige Honorare. Dir. Fabick. Tel.: Lützow 2494.

Kleine Anzeigen

im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung. Futterstoffe / Kleiderkonfektion. C. Pelz, 5 Kolthuser Str. 5.

Kaufgesuche Gold-Kette, Silber-Kette, etc.

Verkauf Silber-Kette, Gold-Kette, etc.

Kunstspiel-Pianos und Flügel

Virtuola

ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstanschulierung.

Römhildt A.-G., Leipziger Straße 119-120, 1. Stock.

Metallankaufsstelle Osten

Andreasstr. 33. - vis-a-vis der Markthalle -
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Verkauf Silber-Kette, Gold-Kette, etc.

Möbel Einzelstücke, komplette Sets, etc.